



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/237

11. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum 55. Geburtstag Schumachers	S.1
Krise in der KPÖ	S.3
Lebendiges Recht -(Glosse)	S.5
Zur Charakteristik Franke-Grikschs	S.6
Religiöse Intoleranz	S.7

Dr. Kurt Schumacher 55 Jahre alt

Am 13. Oktober vollendet Kurt Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Führer der SPD-Fraktion und der Opposition im Bundestag, sein 55. Lebensjahr. Ungezählte herzliche Glückwünsche erreichen ihn an diesem Tag.

Geboren wurde Schumacher in Kulm (Westpreussen), studierte in München, Halle, Dresden, Leipzig und Berlin Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, verlor im 1. Weltkrieg den rechten Arm und war einer der jüngsten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik. Er war es, der Goebbels in einer Reichstagsrede das berühmt gewordene Wort entgegenschleuderte, der Nationalsozialismus sei der Appell an den inneren Schweinehund im Menschen, ein Wort, dessen Sinngehalt das Motiv seines konzessionslosen Kampfes gegen den verbrecherischen Nazismus war. Er musste ihm mit 10 Jahren Konzentrationslager bezahlen. Nach dem Zusammenbruch 1945 begann er erneut seine politische Tätigkeit. Heute gehört er zu den bedeutendsten Politikern unserer Zeit.

Der Weg Kurt Schumachers nach 1945 wird schon jetzt durch eine Reihe von Daten gekennzeichnet, die in die Geschichte eingehen werden. Um nur einige der markantesten Stationen seines seitdem zurückgelegten Weges zu nennen: Als 1946 in weiten sozialdemokratischen Kreisen aufgrund der gemeinsamen Leidenszeit von Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Faschismus die Neigung bestand, sich mit letzteren zu einer politischen Partei zu verschmelzen, wie es in der russischen Besatzungszone in

der Form der SED auch geschah, setzte er sich dieser Vereinigung mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit entgegen. Er erkannte schnell, dass es sich hier um einen von langer Hand vorbereiteten Schachzug der Russen handelte, ihre imperialistischen Absichten auf ganz Deutschland im Wege des Kalten Krieges zu verwirklichen. Seither verfolgt ihn der fanatische Haß der Sowjets und ihrer kommunistischen SED. Er ist heute mehr denn je der hervorragendste Exponent des Kampfes gegen die barbarischen Zustände in der Ostzone, die ihre Hoffnung auf Befreiung vom Joch ihrer Unterdrücker in stärkstem Maße gerade auf ihn und die von ihm geführte Sozialdemokratische Partei setzt. Er war und blieb der drängende Mahner der Bundesregierung, im Kampf um die Ostzone und damit um die Einheit des Reiches aktiver und offensiv zu werden.

Im Frühjahr 1949 waren die Beratungen des Parlamentarischen Rates festgefahren. Die Gründung der Bundesrepublik schien zu scheitern, weil die föderativen Kräfte der westlichen Besatzungszonen, angefeuert durch entsprechende Forderungen der Alliierten, bereit waren, die Bundesrepublik zu einem kraftlosen Scheingebilde zu machen. Hier griff Schumacher in Hannover am 20. April, einem für die junge Deutsche Bundesrepublik geschichtlich gewordenen Datum, nach langer Krankheit und der Amputation seines linken Beines endlich wieder aktionsfähig, mit einer unbeirrbareren Festigkeit ein, die wie ein reinigendes Gewitter wirkte. Vor der Stärke dieser Entschlossenheit wichen auch die Alliierten zurück. Die Mindestforderungen der SPD für die Zustimmung zum Grundgesetz wurden zur größten Überraschung der bürgerlichen Parteien, darunter auch der damals noch überwiegend föderalistisch eingestellten CDU, erfüllt. Die Gefahr des Separatismus war gebannt. Wenn sich seitdem der Bund gegenüber den Ländern immer stärker gefestigt hat, so ist das vor allem das Verdienst Kurt Schumachers. Die Geschichte wird das klarer zu würdigen wissen, als die mit ihren Tagesnöten überbeschäftigte Gegenwart.

Kurt Schumachers Name ist auch untrennbar von dem Kampf gegen die Demontagen, dessen politische Erfolge - die Geschichte steckt voller Widersprüche - in erster Linie seine politischen Gegenspieler ernteten. Als diese noch unter dem Schock des Zusammenbruchs in Ängstlichkeit vor den Besatzungsmächten verharrten, befand sich der Führer der SPD bereits auf einer für ihn körperlich ausserordentlich beschwerlichen Amerika-reise, um die AFoL, die amerikanischen Gewerkschaften mit dem politischen Gewicht der Millionenzahl ihrer Mitglieder, für den Kampf gegen die sinnlosen Zerstörungen durch die Demontagen zu gewinnen und so erstmalig an entscheidender Stelle eine Bresche in die damals noch fast geschlos-

sen deutschfeindliche Mentalität der Amerikaner zu schlagen. Die damit eingeleitete Entwicklung, die ihren sichtbarsten Ausdruck im Marshallplan und allem, was mit diesem zusammenhängt, fand, zeigt ihre Bedeutung für Deutschland mit jedem Tage deutlicher.

An der Spitze der SPD ist Kurt Schumacher der entschiedenste Anwalt der breiten Massen des Volkes gegen die unter dem Schutz der Adenauer-Regierung erstarkte soziale Reaktion, auf die der östliche Totalitarismus einen grossen Teil seiner Erwartungen setzt. Doch Schumachers These, dass die soziale Befriedigung das stärkste Fundament gegen Unfreiheit und Krieg, aber für Demokratie und Frieden ist, erfasst immer weitere Kreise. Der Beitrag, den er damit zur Vermeidung des Krieges leistet, wird verstärkt durch sein kategorisches Nein gegen eine sinnlose Remilitarisierung der Bundesrepublik und seine klare Konzeption der Friedenssicherung, die in der demokratischen Welt nach allem, was man gewohnt war, eine fast überraschend zu nennende Anerkennung und Bewunderung gefunden hat.

So steht Kurt Schumacher stark und überzeugend in der politischen Brandung unserer Zeit. Die Arbeiterschaft und viele Tausende gutwilliger Menschen aus dem Bürgertum zählen auf ihn. Sie alle vertrauen darauf, dass bald die Stunde kommt, in der sein politisches Schwergewicht den Gang der Entwicklung noch weit entscheidender bestimmen wird, als bisher.

Hans Wanthey

- - - - -

Krise in der KPÖ

-s, Wien, im Oktober

Wenn von den österreichischen Kommunisten im Anschluss an das neue Lehn-Preis-Abkommen eine Art "Warsch auf Wien" geplant war, so muss die Enttäuschung gross sein. Die KPÖ hat nichts erreicht, letzte Tarnungen fallen gelassen und befindet sich in einer Krise. In West-Österreich ist sie vollständig erledigt. Auch im Wiener Zentralkomitee soll es Streit geben. Der Generalsekretär Färnberg sei für die grosse Aktion gewesen, die Nationalräte Fischer und Koplénig nur für Demonstrationen. Nun ist beides mißlungen. Man rechnet mit Säuberung. Als Folge könnte sogar ein Titoismus in Österreich entstehen. Eine solche Zersplitterung der Gruppe von ohnehin nur fünf Prozent (wenn man, was ohnedies falsch ist, den Bestand noch nach der Wahl 1949 berechnen kann) würde ihr Mitwirken in der österreichischen Politik überhaupt beenden.

Die Ereignisse selbst sind gelegentlich auch übertrieben worden.

Es ist die ganze Zeit kein Schuss gefallen. Es gab eine Serie von Einzelstreiks von höchstens einigen Tagen Dauer, Terrorbesetzung von Postgebäuden, Barrikadenbau in Wien, Behinderung des Bahnverkehrs usw. Das bedenklichste Vorhaben konnte verhindert werden: drei Kommunisten wollten in Donawitz Hochöfen ausblasen. Die Forderung nach dem "Generalstreik" hat sich als propagandistische Anmaßung erwiesen.

Es ist jetzt schwer zu sagen, ob man in "höheren Aufträge" wirklich Revolution, oder Generalprobe zur Revolution machen wollten, oder ob höchste und tiefere KP-Funktionäre in der Hitze des einmal begonnenen Gefechtes - allerdings mit sowjetischer Unterstützung! - zu weit gegangen sind. Es sind leider auch offensichtliche Schwächen der österreichischen Exekutive in Wien und Umgebung zu Tage getreten. Sozialminister Maisel sprach deshalb auch jetzt von der Notwendigkeit eines "Arbeiter-Selbstschutzes".

Jedenfalls ist die Krise überwunden, aber die wirtschaftliche Problematik, die sich aus dem neuen Lohn-Preis-Abkommen ergibt, keineswegs. Man muss noch einmal an die Tatsachen erinnern: Es wurden Subventionen abgebaut, den Bauern höhere Preise für ihre Produkte bewilligt; dadurch stieg auch Mehl und Brot. Kohle und Strom sind teurer geworden. In einem Kollektivvertrag zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und dem Gewerkschaftsbund wurde eine im Durchschnitt zehnprozentige Erhöhung von Lohn und Gehalt vereinbart; auch die Staatsbeamten erhalten diesen Zuschlag. Der Mehrlohn soll die dekretierte Teuerung decken, nur wird in vielen Wirtschaftszweigen der Lohnaufschlag selbst wieder auf die Preise überwältzt werden. Man kann mit den bestehenden Vorschriften zwar jetzt den neuen Brotpreis (2,40 Schilling je kg) halten, ebenso den Mietzins - nicht aber die Kalkulationen für Textilien, Möbel usw. fixieren. So ist also das Abkommen - es war bekanntlich das vierte dieser Art - ohne echten Preisstopp und ebenso ohne Lohnstopp.

Man sieht, das Abkommen ist gewiss keine vollkommene und vor allem keine endgültige Sache. Es hat die Volkspartei nachgegeben, es haben die Sozialisten nicht alle Wünsche durchgesetzt; Koalition bedeutet Kompromiß. Man hat auch sehr augenscheinliche Schönheitsfehler lassen müssen, die Verhandler wissen selbst um die Schwächen ihres Werkes. Es heisst: dass der Präsident der Bundeshandelskammer und der Präsident des Gewerkschaftsbundes bereits neue Besprechungen über Verbesserungen des Abkommens hatten.

Die Kommunisten sind jetzt recht kleinlaut geworden. Ihre Aktionen richten sich durch die Absicht. Der Versuch, einen Druck auf die sozialistischen Arbeiter auszuüben, war vergebens. Jeder weiss, die Kommunisten gehen nicht nach Ursachen, sie brauchen nur Anlässe zur Störung; wäre nicht dieser Vorfall gewesen, hätte man einen anderen gesucht. Sie sind ein Stoßtrupp in fremdem Auftrag, hinter dem (wie sich jetzt zeigt) der fremde Helfer, sonst aber in Österreich niemand steht.

Lebendiges Recht

(sp) Bei der feierlichen Eröffnung des Bundesgerichtshofes hat Dr. Dehler ein Wort gesprochen, das von Erinnerungen an frühere Zeiten getragen zu sein schien: "Ich will keine loyalen Richter, ich will Richter, die die Kraft haben, illoyal gegen das Unrecht zu sein..." Übersetzt man sich diese Worte ins politisch Praktische, so könnte man auch sagen, dass statt eines toten Rechtes das lebendige Recht zu gunsten des Staates gesetzt werden möchte - vorläufig nicht mehr als ein Wunsch, bei einem feierlichen Anlass ausgesprochen Ein Wunsch, der auch in der Weimarer Republik oft geäußert wurde, zu seiner Erfüllung ist es aber nicht gekommen, weil man damals von richterlicher Seite aus vor lauter theoretischer Rechtsucherei und einer sehr fragwürdigen Auslegung der Gesetze immer wieder schwerstes Unrecht am Staate selbst verübte. Erst als das Recht in seinem Grundelement erschüttert war, als die These "Recht ist, was meinem Volke nützt" zur Doktrin einer allmächtigen Staatspartei wurde, erkannten die Rechtswahrer, wie sie damals tituliert wurden, die eigenen Unterlassungssünden in einer Zeit, da noch viel gerettet werden konnte. Im Augenblick des Erkennens dieser Fehler aber wurden Ja und Nein, Gut und Böse in einer Sache längst nicht mehr auf Justitias unbestechlichen Schalen ausgewogen.

Die endlichen Folgen waren furchtbar. Das Unrecht blähte sich auf, überschattete ein ganzes Volk, zog über die Grenzen, verwischte sie mit Blut und riss die Welt aus den Fugen. Ausgang und Ende aber lagen nur scheinbar weit auseinander. Bei Lichte besehen ergaben sich innige Zusammenhänge. Brauchten wir nur eine Paragraphenskala, so brauchten wir keine Richter. Das heißt nichts anderes, als dass noch immer das verantwortlich eingesetzte Bewusstsein für staatspolitische Notwendigkeiten den Blick über das paragrafisierte Recht hin klären soll und muss. In diesem Sinne ist der Blick auf Vergangenes zugleich auch eine strenge Sicht auf künftig Notwendiges. Denn es heißt, einen Spruch zu fällen, der das Vertrauen des Volkes auf das lebendige Recht wachruft und wachhält.

+ + + + +

Ein "Kanzler" prophezeit Machtübernahme 1953

(with) Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es ist nicht der Bundeskanzler Dr. Adenauer, der unter die Propheten gegangen ist. Es ist vielmehr der "Kanzler der Europäischen Bruderschaft Deutscher Nation", Alfred Franke-Griksch, der auf Schloss Holte bei Bielefeld "amtiert". Er gibt "Arbeitsbefehle" für die Bruderschaft und beantwortet "Bruderbriefe", aber er reist auch kreuz und quer durch Deutschland und verkündet den aufmorchenden "Standesbrüdern", dass im Winter 1952/53 der Zusammenbruch des "parlamentarischen Systems und die Übernahme der Macht durch die Bruderschaft erfolgen werde." Als "Führer und Organisator" reist er nach England und Italien, um auch hier der "Bruderschaft die Zukunft" zu erobern.

Diese Tätigkeit nimmt ihn so stark in Anspruch, dass er darüber vergessen hat, was sich alles - durch seine tätige Mithilfe - im späten Herbst 1934 ereignet hat. (Er hat auch seinen alten Rang als "SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt" vergessen und sich - auf seiner polizeilichen Anmeldung - nur schlicht als "Oberst a.D." bezeichnet.) Nun, der Kanzler Franke-Griksch hat, rückblickend, allen Grund, schweigsam zu sein. Im Jahre 1933 emigrierte er als engster Mitarbeiter Strassers in dessen "Schwarze Front" nach Prag, kehrte 1934 über Zürich wieder nach Deutschland zurück. In seinem Reisegepäck überbrachte er der Gestapo Originalakten und Fotokopien der Prager Emigrantenzentrale, durch die er Tausende von Widerstandskämpfern an die Gestapo verriet, sich selbst aber nicht nur loskaufte, sondern von Himmler ins RSHA (Reichssicherheitshauptamt) übernommen wurde. Die im Spätherbst des Jahres 1934 erfolgten Massenverhaftungen von Anhängern Strassers in Deutschland sind sein Werk.

Die "Bruderschaft", diese "standes- und ehrbewusste" Interessenvertretung ehemaliger Offiziere, hat nicht den Mut aufgebracht, sich von einem Manne zu trennen, dem solche Verbrechen in einem Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft in Hof a.d.S. von dem Oberinspektor Otto Giessler, einem Manne der auf Franke-Griksch' Verrat hin ins Zuchthaus geschickt wurde und im KZ Sachsenhausen unschliches Leid erduldet hat, vorgeworfen werden. Das ist erstaunlich. Seltsam ist auch, dass Franke-Griksch zu den Anschuldigungen des englischen Schriftstellers Douglas Reed in dessen Buch "Nemesis", bei der Ermordung von Emigranten in einem Hotel im Moldautal beteiligt gewesen zu sein, so hartnäckig schweigt.

Religiöse Intoleranz

=====

(ap). In Oslo fand eine Missionskonferenz der evangelischen Missionen in aller Welt statt. Auf ihr wurde fast in allen Referaten über die Zunahme der religiösen Intoleranz und über das Anwachsen staatlicher Zwangsmassnahmen gegen die Freiheit der Religionsausübung geklagt. Zusammenfassend sagte der Generalsekretär, Dr. A. M. Chirgwin, das folgende:

"Ebenso wie die politische Freiheit vielerorts bedroht ist, ist es die Religionsfreiheit. Heutzutage gibt es weniger Religionsfreiheit auf der Welt als je zuvor. Die religiösen Beschränkungen finden sich vor allem in drei Regionen, nämlich in den kommunistischen Ländern, in den mohammedanischen und in den katholischen. In den russischen Ländern spricht man von religiösen Kultus und dem Recht antireligiöser Propaganda. Aber Gottesdienste können nur in Gotteshäusern stattfinden und deren gibt es jedes Jahr weniger. In den mohammedanischen Ländern hat man die Freiheit, die Religion auszuüben, mit der man geboren wurde, aber für den Nicht-Mohammedaner gibt es kein Recht zur Propaganda oder Aufklärung. Wenn ein Mohammedaner seine Religion wechselt, wird er staatenlos und verliert alle seine Rechte, in einigen Ländern führt das sogar Todesstrafe mit sich. Ein Lichtpunkt ist Pakistan - zur Zeit das grösste mohammedanische Land - das in seiner Verfassung die Religionsfreiheit festgelegt hat.

Was die römisch-katholischen Länder anbetrifft, so ist in ihnen die Religionsfreiheit für alle die eingeschränkt, die nicht katholisch sind, überall, wo Rom die Macht hat. Wo Rom dagegen nicht die Macht hat, begnügt sich die katholische Kirche damit, ihrerseits Religionsfreiheit zu verlangen."

- - - - -

Aus Zeitungen der Sowjetzone:

Aufklärung "en masse"

"Alle 30 Aufklärungsgruppen des Wahlbezirkes", berichtete Einheitsfreund Kaatz, "werden regelmässig geschult und erhalten jede Woche einen bestimmten Aufklärungsauftrag, über dessen Erfüllung sie zu berichten haben. - Jeder Aufklärungsgruppe wurden durchschnittlich drei Häuser zugeteilt. Dadurch, dass die Aufklärungsgruppen immer die gleichen Bewohner aufklären, konnten sie sich ein genaues Bild über die Meinungen der einzelnen Wähler machen. Wir wissen auch, wer die Liste zur Ächtung der Atombombe nicht unterschrieben hat oder wer nicht gewillt ist, die Wahlvorbereitungen zum 15. Oktober wie ein wirklicher Patriot zu unterstützen. Zweifellos gibt eine solche systematische Aufklärung dem Wahlbezirksausschuss schon Tage vor der Wahl die Möglichkeit, mit ziemlicher Sicherheit zu sagen, wie das Ergebnis am 15. Oktober ausfallen wird."

(Aus: "Freiheit" - SED, Sachsen-Anhalt - v. 30. 9. 1950)

- - - - -

Ursula und die Nationale Front

"Liebe 'MV'! Ich las in Deiner Zeitung, dass ein Mann in verschiedenen Aufklärungslokalen vergebens nach Auskunft gesucht hatte. Ich hatte mehr Glück im Aufklärungslokal 40, wo ich um einen Aufsatz zu schreiben, mich aufklären liess. Der Mann gab mir das Programm von der Nationalen Front mit und ich schrieb nach diesem Hoft meinen Aufsatz. In der Schule bekam ich dafür eine '1'. Ursula Gabriel, Potsdam (12 Jahre)"

(Aus: "Märkische Volksstimme", Potsdam, 2. Oktober 1950)

+ + + + +

Verantwortlich: Peter Raunau